



Kiel Institut für Weltwirtschaft: Angriff auf den Kündigungsschutz – was dahintersteckt

Das Kiel Institut für Weltwirtschaft (KIW) sorgt mit seiner Forderung nach einer Aufweichung des Kündigungsschutzes im öffentlichen Dienst und einer Anhebung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre zu Recht für Kopfschütteln. Institutspräsident Moritz Schularick diffamiert den bestehenden Kündigungsschutz als „**paternalistisch**“ und als „**Standortnachteil**“. Die komba gewerkschaft sh weist diese vermeintlichen „Reformideen“ entschieden zurück: Sie sind kein Fortschritt, sondern ein **Rückfall in längst überwunden geglaubte Zeiten**.

Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hätten die Vorschläge des Kiel Instituts weitreichende, durchweg negative Folgen: ein erhöhtes Risiko für Machtmissbrauch, der **Verlust von Beschäftigungssicherheit**, ein weiterer **Attraktivitätsverlust** des öffentlichen Dienstes und eine zusätzliche Verschärfung des ohnehin dramatischen **Personalmangels**. Damit würde eines der zentralen Argumente für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst faktisch abgeschafft. Das ist kein Beitrag zur Stärkung des Standorts Deutschland, sondern ein **Bärendienst an Staat und Gesellschaft**.

Der Kündigungsschutz im öffentlichen Dienst ist kein Privileg, sondern eine bewusst gewollte Schutzfunktion für Staat und Gesellschaft. Für Tarifbeschäftigte gelten das Kündigungsschutzgesetz und die einschlägigen Tarifverträge; hier besteht für langjährig Beschäftigte ein besonderer Kündigungsschutz bis hin zur ordentlichen Unkündbarkeit. Für Verbeamtete im Kommunal- und Landesdienst gelten eigenständige Landesgesetze. Kündigungen bzw. Entlassungen sind dort – aus gutem Grund – nur schwer möglich. **Wer hoheitliche Aufgaben wahrnimmt, muss vor politischem Druck und Machtmissbrauch besonders geschützt werden, es gibt einen Grund dafür!**

Wer, wie Schularick, all dies unter dem Schlagwort einer angeblichen „Vorzugsbehandlung“ wild vermischt und pauschal in Frage stellt, kennt nicht die Unterschiede zwischen Arbeitsrecht, Tarifrecht sowie Beamtenrecht und öffnet politischer Willkür Tür und Tor. Eine Aufweichung dieses Schutzes würde die Beschäftigten und Verbeamteten in sensiblen Aufgabenbereichen gezielt angreifbar machen und die Gefahr von Machtmissbrauch in Zeiten zunehmenden politischen Extremismus massiv erhöhen. **Ein Blick in die Verhältnisse in den USA reicht, um die Konsequenzen zu erkennen.**

Unsere Position findet Rückendeckung bei unserem Spitzenverband, dem dbb beamtenbund und tarifunion. Dessen Bundesvorsitzender Volker Geyer stellt klar: „Die Debatte geht völlig am Thema vorbei. Uns fehlen schon heute rund 600.000 Kolleginnen und Kollegen, um die politisch beschlossenen Aufgaben zu erfüllen. In dieser Situation den Kündigungsschutz zu schleifen, statt wirksame Lösungen zu suchen, **ist wirklich absurd.**“

Auch die Behauptung, Kündigungsschutz sei ein „Standortnachteil“, ist **fachlich falsch**, das sollte ein Wirtschaftsinstitut wissen. Wirtschaftlicher Erfolg basiert auf Innovation, klugen Investitionen, guter Infrastruktur und verlässlichen Rahmenbedingungen, nicht auf der möglichst schnellen „**Entsorgbarkeit**“ von Mitarbeitenden. Wer den öffentlichen Dienst schwächt, schwächt am Ende auch den Wirtschaftsstandort.



Wenn Schularick von Besserverdienenden mit über 100.000 Euro Jahreseinkommen spricht, geht das an der Realität im öffentlichen Dienst vorbei. Hier kämpfen die Beschäftigten seit Jahren für **faire Einkommen** und für die längst überfällige vollständige Angleichung der Arbeitsbedingungen in Ost und West – nicht für „Vorzugsbehandlungen“. Das VG Schleswig hat sogar bestätigen müssen, dass die Besoldung bis in die Besoldungsgruppe A 11 **weniger als 15 Prozent Abstand zur Grundsicherung** aufweist. Über diese **verfassungswidrigen Verhältnisse** sprechen wir, wenn wir über Verbeamtete reden. Wer unter diesen Bedingungen den Kündigungsschutz attackiert, legt die Axt an die Funktionsfähigkeit des Staates und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes insgesamt.

Die wirtschaftlich erfolgreichen Länder Skandinaviens mit ihren hohen Sozial- und Arbeitsschutzstandards zeigen seit Langem, dass sozialer Arbeits- und Tarifschutz mit wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit keineswegs im Konflikt stehen, sondern sich gegenseitig stärken und katalysieren. Übrigens erreicht von Beschäftigten, die dort über 65% gewerkschaftlich organisiert sind. **Wer suggeriert, nur mit weniger Schutzrechten ließe sich in Deutschland Wachstum erzielen, verfolgt ganz andere Ziele und Absichten!**

Die aktuelle Diskussion über eine Lockerung des Kündigungsschutzes folgt einem altbekannten Muster: Zunächst werden einzelne Beschäftigtengruppen als „nicht schutzbedürftig“ verunglimpft, um dann Schritt für Schritt Schutzrechte für alle sturmreif zu schießen und zu demontieren. **Ziel ist es, den Druck auf die Beschäftigten zu erhöhen, Abhängigkeiten zu verschärfen, um Demokratie und Mitbestimmung zu schwächen.**

Das gilt ebenso für die groteske Forderung nach einer **Rente mit 70**. Sie ignoriert völlig die tatsächlichen Belastungen und Lebensleistungen vieler Beschäftigter – von der Kita über die Verwaltung bis zur Ver- und Entsorgung – und **sie ist sozialpolitisch ein Offenbarungseid!** Statt Generationen gegeneinander auszuspielen, braucht es endlich bessere Rahmenbedingungen: bezahlbaren Wohnraum, kostenfreie Kinderbetreuung, faire Einkommen, ausreichende Rentenpunkte, besonders auch für Frauen, eine nachhaltige Familienpolitik sowie **ein klares Ende des politischen Griffes in die Sozialkassen!**

Der demografische Wandel ist keine Naturgewalt, die plötzlich wie ein Elefant im Raum stand. Er ist Ergebnis vernachlässigter Sozial- und Familienpolitik der letzten 30 Jahre: Zwischen 1991 und 2022 sind **dank der Gewerkschaften die Nominallöhne um rund zwei Drittel gestiegen**, aber die Verbraucherpreise haben im gleichen Zeitraum ebenfalls **um 60 Prozent** zugelegt. 2022 kam es dann mit einem realen Minus von rund 4 Prozent zum stärksten Einbruch der Kaufkraft seit 30 Jahren! **Unter diesen Bedingungen werden Kinder zum finanziellen Risiko**, das sich viele schlicht nicht mehr leisten können – mit direkten Folgen für Geburtenzahlen, Sozialkassen und den demografischen Wandel.

Die komba gewerkschaft sh ruft daher alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst dazu auf, sich aktiv für den Erhalt ihrer Arbeitnehmerrechte, Tarifverträge und Alimentationen zu engagieren. Handeln Sie jetzt, bevor es zu spät ist.

Ein Haus, das brennt, lässt sich nicht mehr versichern. Stärken sie JETZT die Gewerkschaften und werden Sie Mitglied: Die komba versichert ihren Arbeitsplatz!